Bundeskriminalamt rechnet künftig mit mehr „Dschihad-Reisenden“

13. Februar 2017

Hamburg (KNA) Die deutschen Behörden müssen sich nach Einschätzung des Bundeskriminalamts (BKA) verstärkt auf „Dschihad-Reisende aus anderen europäischen Ländern oder aus Nordafrika“ einstellen. Dafür brauche es eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern, schreibt BKA-Präsident Holger Münch in einem Gastbeitrag im „Spiegel“ (Samstag). Deutschland könne sich keine unterschiedlichen technischen und rechtlichen Standards mehr leisten. Konkret fordert Münch die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Terrorismus“. Sie solle dafür sorgen, dass Polizisten nach Bedarf aus weniger belasteten Bundesländern in besonders gefährdete Regionen abgeordnet werden können. Auch müssten als gefährlich geltende Personen künftig „länderübergreifend nach demselben Maßstab“ eingestuft und sogenannte Gefährder einheitlich überwacht werden. Derzeit führen Bund und Länder laut Münch mehr als 760 Ermittlungsverfahren mit mehr als 1.000 Terrorverdächtigen aus der islamistischen Szene. Das sind doppelt so viele Fälle wie im Jahr 2013.

(KNA – rkmlk-89-00058)

Stand: 27. November 2026